

Die feministische Bewegung und die soziale Frage

*Am 30. Mai 2017 fanden zum das 26. Mal die Warschauer Debatten zur Sozialpolitik statt. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Friedrich-Ebert-Stiftung Warschau und der ICRA-Stiftung. Zum Thema „Feministische Bewegung und die soziale Frage“ diskutierten **Elżbieta Korolczuk** (Universität Sodertornsy), **Dr. Julia Kubisa** (Universität Warschau), sowie **Dr. Dorota Szelewa** (UCD, Stiftung ICRA). Die Moderation übernahm **Dr. Michael Polakowski** (UEP, Stiftung ICRA).*

Warschau. Zur Einführung in die Diskussion referierte **Dorota Szelewa** über drei wichtige Verbindungen zwischen der feministischen Bewegung in Polen und der sozialen Frage. Zu Beginn wies sie auf das trotz positiven Veränderungen immer noch negative Bild auf die feministische Bewegung in Polen hin. Dabei bewertete sie das Argument, die feministische Bewegung sei nicht vom Interesse der sogenannten „gewöhnlichen Frau“, als falsch. Als zweites lenkte sie die Aufmerksamkeit auf die Schwächen der Bewegung in den ersten Jahren der Transformation. Aus diesen Schwächen folge unter anderem eine Art Anti-Feminismus Bewegung. Diese Entwicklung sei eine Gegenreaktion der Postsolidarność-Bewegung auf das vorgeschriebene, kommunistische Modell der Gleichstellung der Geschlechter. Trotzdem sei die feministische Bewegung in Polen stärker gewesen als in anderen Ländern der Region. Drittens seien die besonderen Umstände als Folge der ersten Phase der Transformation genannt. Diese zeichneten sich in erster Linie durch den allumfassenden Kampf um die Verteidigung der Reproduktionsrechte aus. Ebenso sei eine Reduzierung der Rolle des Staates im ersten Jahrzehnt der Transformation zu beobachten, welche eine unvermeidliche Notwendigkeit dargestellt hätte. Erst nach der fatalen Sozialpolitik dieser Zeit hätte eine „Politisierung“ des konservativen Geistes begonnen.

Mit der Zeit hätten sich die Herangehensweise an soziale Fragen auch in der Wissenschaft geändert, betonte Szelewa. Feministische Ansätze wären in der Sozialpolitik gefördert worden. Schließlich stellte sie die Verbindungen zwischen bestimmten feministischen Strömungen und dem Wohlfahrtsstaat vor, welche von Mehrdeutigkeit charakterisiert seien. Kritik übt sie am aktuellen neoliberalen Ansatz der Regierung, welcher die Sozialpolitik stark beeinträchtigt.

Julia Kubisa postulierte in ihrem Beitrag, dass man im Diskurs über Feminismus falsche Konstrukte über „die gewöhnliche Frau“ vermeiden sollte. Weiterhin bemerkte Frau Kubisa, dass zu Beginn der Frauenbewegung, während des Transformationsprozesses die Suche nach einer passenden Sprache und Kommunikationsmittel im Vordergrund gestanden hätte. Sie sieht Parallelen zwischen der feministischen Bewegung und Gewerkschaften, welche ihre Bedeutung und Positionierung in der transformierenden Republik zu hinterfragen hatten. Kubisa betonte, dass statt einer Aufarbeitung der Schwächen in der feministischen Bewegung, die Verdienste hervorgehoben werden sollten. Möglichkeiten der Einflussnahme seien zum Beispiel durch Expertise in

Entscheidungsprozessen oder auch in Erziehung und Bewusstseinsbildung (z.B. Manifa-Bewegung) gegeben. Statt zu fragen, was der Feminismus für „die gewöhnliche Frau“ machen könne, sei es von größerer Bedeutung zu hinterfragen, wie die Sozialpolitik ohne die sozialen und beratenden Aktivitäten der feministischen Bewegung aussähe.

Laut Elżbieta Korolczuk seien auf viele Fragen bezüglich der Aktivitäten der Frauenbewegung in der frühen Übergangsphase noch keine zufriedenstellenden Antworten gefunden. Das betrifft beispielsweise den Transfer von Wissen aus dem Ausland und die Inspiration durch den amerikanischen Feminismus. Elżbieta Korolczuk lenkte die Aufmerksamkeit auf die ambivalente Haltung der Frauenbewegung gegenüber Männern – diese entstehe unter anderem aus der Instabilität des politischen Prozesses, welche zu einem geringen Vertrauenswachstum beiträgt. Korolczuk machte auch auf das vorliegende Paradoxon aufmerksam – eine Debatte über Themen der Sozialpolitik, die den Diskurs feministischer Forderungen mit einschließe, entstehe unter einer konservativen Regierung. Daraus ergäben sich zwar Chancen für Kompromisse, allerdings sollten diese nicht über die weiter bestehenden Differenzen hinwegtäuschen. Schließlich sprach Elżbieta Korolczuk die problematischen Spannungen zwischen einer Politik der Anerkennung und einer Politik der Umverteilung an.

Nach den Vorträgen der Redner_innen kam es zu einer Diskussion, bei der die vielen Argumente und Positionen des Feminismus und deren Auswirkungen auf die Sozialpolitik angesprochen wurden. Aufmerksamkeit erhielt nicht nur die Institutionalisierung feministischer Themen durch internationale Organisationen, sondern auch die Berufung einer*s Gleichstellungsbeauftragten auf nationaler und internationaler Ebene. Eine der Teilnehmer_innen der Diskussion äußerte sich bezüglich des geringeren Interesses an der sozialen Frage der Frauenbewegung in den 90er Jahren und argumentierte, dass die Bewegung damals andere Rahmenbedingungen und Ressourcen gehabt hätte - es gab nur wenig Mittel, um die Transformation zu beschreiben oder zu analysieren. Ein anderer Teilnehmer wies darauf hin, dass die Ansichten des Feminismus bezüglich verschiedener sozialer Fragen nicht ganz klar seien. Mehrere Stimmen merkten an, dass ein Generationenwechsel in der Gesellschaft erfolgen müsse, um die Forderungen besser zu artikulieren und durchzusetzen. Abschließend zeigte sich, dass die Frauenbewegung sich bezüglich wirtschaftlicher Fragen – zum Beispiel in Steuerfragen – öffnen müsse.

Ein Teilnehmer des Seminars fasste zusammen, dass der Feminismus sich nicht nur der Verbesserung des Wohlergehens der Frauen widme, sondern dass die Forderungen auch auf die Verbesserung der Situation der Männer abzielen würden. Die Bewegung sei und bleibe gespalten, aber es sei wichtig, dass man mobilisieren kann – der spektakuläre Erfolg des Schwarzen Protests zeigte, dass dies möglich sei.